

Neuchristen geben weitere Pläne preis

Ebnat-Kappel Der «Kapplerhof» in Ebnat-Kappel stand lange leer und witterte vor sich hin. Nun ist klar, wie es mit dem ehemaligen Hotel weitergeht: Die Neuchristen haben es gekauft. Dies teilte die religiöse Gemeinschaft, die gemäss Fachleuten verschiedene Merkmale einer Sekte aufweist, vor zwei Tagen mit. Jetzt äussert sie sich detaillierter zu den Plänen.

So wird nun klar, dass die Neuchristen die Liegenschaft gekauft haben, um ihre Gemeinschaft auszuweiten. «Unser Hauptsitz wird neu in Ebnat-Kappel sein. Rehetobel behalten wir aber als Niederlassung», schreibt Schwester Gabriela Abgottspon auf Anfrage. Sie ist Generalsekretärin des Schwert-Bischofs Nikolaus Schneider, des Oberhauptes der Organisation.

Der Hintergrund: Im appenzellischen Rehetobel, wo die Organisation seit 40 Jahren ihren Hauptsitz hat, wurde es der Neuchristen-Vereinigung zu eng. Das Haus platze aus allen Nähten, schreibt Abgottspon. Allein im vergangenen Jahr seien sechs junge Priester- und Schwesternwärterinnen dazugekommen.

Zeitpunkt des Einzugs noch unklar

Wie viele Mitglieder die Neuchristen-Vereinigung in der Schweiz zählt, darüber gibt die Organisation keine Auskunft. Insgesamt würde sie 1000 Mitglieder zählen, schreibt Abgottspon. Die Neuchristen sind in mehreren Ländern in Europa, etwa auch in Deutschland, Österreich und den Niederlanden präsent.

Ursprünglich wollte die Organisation den Hauptsitz in Rehetobel ausbauen. Doch diese Pläne sorgten für viel Widerstand in der Nachbarschaft und am Ende hat die Gemeinde die Baubewilligung verweigert.

Wann die Neuchristen nun in den «Kapplerhof» einziehen, ist noch unklar. Das könne man

Kosten steigen auf zwei Milliarden

Land Vorarlberg und Republik Österreich legen den Kostenverteiler für das Hochwasserschutzprojekt Rhesi fest.

Marcel Eisener

Es dauert noch fünf, vielleicht auch zehn Jahre, bis am Rhein die Bagger auffahren für das grenzüberschreitende Jahrhundert-Hochwasserprojekt Rhesi. Und doch geht es stetig voran mit der Planung. Zuletzt fuhren diesen Frühling im Rheinvorland bei Hard, Fussach und Lustenau grosse Maschinen auf, um die Erdbebensicherheit der Dämme zu untersuchen.

Nun vermeldet die Vorarlberger Landesregierung einen Meilenstein in der Finanzierung: Das Land Vorarlberg und die Republik Österreich haben eine Vereinbarung über die Kostenteilung getroffen. 75 Prozent der Errichtungskosten trägt der Bund, 25 Prozent das Land Vorarlberg. Bundeskanzler Karl Nehammer, Finanzminister Magnus Brunner, Wasserminister Norbert Totschnig und Landeshauptmann Markus Wallner unterzeichneten am 19. Juli diese Finanzierungsvereinbarung.

Schadenpotenzial liegt bei 13 Milliarden Euro

Die Kosten für Rhesi belaufen sich nach aktuellen Berechnungen vom Mai dieses Jahres auf gut zwei Milliarden Euro, wie es in der Mitteilung der Vorarlberger Regierung heisst. Sie werden zu gleichen Teilen von Österreich und der Schweiz finanziert. Auch das Schadenpotenzial bei einem dreihundertjährigen Hochwasser wurde mittlerweile nach oben korrigiert: Es wird auf 13 Milliarden Euro beziffert.

Innerhalb Österreichs sei in den vergangenen Monaten intensiv über eine Aufteilung zwischen Land und Bund verhandelt worden, heisst es. Die Investitionen in den Hochwasserschutz gälten der Sicherheit



Wenn der Rhein Hochwasser führt, drohen Überschwemmungen: Hoher Pegelstand bei Diepoldsau im Juli 2021. Bild: Ralph Ribl

der Bevölkerung, sagt der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner. Das Land werde seinen Anteil ab dem Jahr des Baubeginns über 25 Jahre zu gleichen Jahrestanchen leisten. Auch Bundeskanzler Nehammer bekräftigte den Stellenwert von Rhesi: «Der Hochwasserschutz am Rhein ist von zentraler Bedeutung für die Republik Österreich.» Die Investition von mehr als einer Milliarde Euro sei viel Geld, aber «jeder Euro, den wir heute vorbeugend in den Hochwasserschutz investieren, ist eine Investition in mehr Sicherheit», so Nehammer. «Mehr Sicherheit für die Bevölkerung, aber auch für Vorarlberg als Wirtschaftsstandort.»

Indem 65 Prozent der Hochwasserdämme saniert und 25 Prozent komplett erneuert werden, schütze man die 300 000 Menschen beidseits des Rheins vor extremen Hochwasserereig-

nissen, erklärt Wasserminister Norbert Totschnig. Gleichzeitig verbesserten Massnahmen zur Ökologisierung den Lebensraum des Flusses und werde die Trinkwasserversorgung der Region gesichert – zwei Drittel der Bevölkerung im unteren Rheintal, also rund 200 000 Menschen, leben vom Grundwasserbegleitstrom des Rheins.

Letzte Verhandlungen zum neuen Staatsvertrag

Damit Rhesi realisiert werden kann, müssen die Schweiz und Österreich einen gemeinsamen Staatsvertrag – den mittlerweile vierten – unterzeichnen. In diesem Staatsvertrag sind die Rahmenbedingungen für die Umsetzung und zukünftige Absicherung des Hochwasserschutzes am Alpenrhein festgelegt. Laut der Vorarlberger Mitteilung kommt es im kommenden September zu einer letzten Verhand-

lungsrunde, die den Text finalisiert. Hernach durchläuft der Text die staatlichen Stellen beider Länder. Die sogenannte Paraphierung – die Unterzeichnung des Vertrags mit den Initialen – ist für Anfang 2024 vorgesehen, der Ratifizierungsprozess soll Anfang 2025 abgeschlossen sein.

Sobald der Staatsvertrag ratifiziert ist, kann das Projekt eingereicht werden. Nach derzeitigem Stand sollte das Mitte 2025 sein. Die Verfahren werden in der Schweiz und Österreich getrennt durchgeführt. Nach der erfolgten Projektgenehmigung und allfälligen Rechtsmittelverfahren erfolgt der Baustart – frühestens 2027. Der Bau dauert rund 20 Jahre.

St. Gallen trägt 20 Prozent des Schweizer Anteils

Auf Schweizer Seite bestätigt Martin Anderegg, St. Galler Ver-

treter in der Gemeinsamen Rheinkommission, diesen Fahrplan für den Staatsvertrag und die weitere Planung. Dass Österreich mit mittlerweile 1,1 Milliarden Franken Kosten rechne, sei auch der eingerechneten hohen Mehrwertsteuer (20 Prozent) geschuldet.

Doch auch die Schweiz komme auf fast 1 Milliarde Franken. Dass die Gesamtkosten nun auf 2 Milliarden Franken beziffert werden – im Herbst 2022 war noch von 1,4 Milliarden die Rede gewesen – begründet Anderegg mit der anhaltenden Teuerung und zusätzlichen Massnahmen zur Erdbebensicherheit. Angesichts der langen Planungs- und Bauzeit könne das Projekt bis zum Abschluss Ende der 2040er-Jahre noch teurer werden.

Für den Kanton St. Gallen bedeutet dies – Stand heute – einen Kostenanteil von 200 Millionen Franken. In der Schweiz soll laut Anderegg der Kostenverteiler der drei bisherigen Staatsverträge beibehalten werden, also Übernahme der Bund 80 Prozent und der Kanton 20 Prozent. Neu soll die Finanzierung in einem Bundesgesetz festgeschrieben werden. Beschlossen werden Staatsvertrag, Projekt und Finanzierung vom Bundesparlament in Bern.

Auch wenn die Öffentlichkeit schon länger nichts mehr hörte vom Grossprojekt, laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren, weiss Martin Anderegg. Er ist als Vertreter St. Gallens und der Rheinkommission auch Mitglied der Schweizer Delegation für den Staatsvertrag. Geleitet wird die Delegation von der stellvertretenden Chefin der Abteilung Internationales des Bundesamts für Umwelt BAFU, Martine Rohn-Brossard.